

Vredner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Koenig
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Berlin W. 7

Druck: Rudolf Koenig
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Berlin W. 7

Abdruck aus dem
„Vredner“ Nr. 1004
Königsplatz 10, Berlin W. 7

v. Papen bei der Regierungsbildung

Verhandlungen mit den Ministerkandidaten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. Juni. Seit den frühen Vormittagsstunden des Mittwochs herrscht im Reichstag ein lebhaftes Kommen und Gehen. Der zum Kanzler ernannte frühere Zentrumsgewerksführer v. Papen hat hier sein Domizil aufgeschlagen. Er benutzt den heutigen Tag dazu, seine Ministerkandidaten zu fertigmachen. Inzwischen wird aus London gemeldet, daß der deutsche Botschafter, Baron von Neurath, heute morgen nach Berlin abgereist ist. Es heißt, daß der Reichspräsident persönlich Herrn von Neurath gebeten hat, sofort nach Berlin zu kommen.

Reichskanzler v. Papen hat inzwischen von folgenden Ministerkandidaten bindende Zusagen bekommen:

Dr. Warmbold, Reichswirtschaftsminister;
Dr. Goerdeler, Reichsarbeitsminister;
General von Schleicher, Reichswehrminister;
von Neurath, Reichsaußenminister.

Außerdem sind gesichert Herr von Gajl für das Innenministerium, und evtl. auch Herr v. Lüninck, für das Reichsernährungsministerium. Der einzige Minister, der vom alten Kabinett übernommen werden wird, scheint zunächst der Reichsjustizminister Joel zu sein. Ueber das Reichspostministerium ist eine Entscheidung noch nicht gefallen.

Offenbar macht Herr von Papen die Befreiung Schäfers davon abhängig, ob die Bayerische Volkspartei das Kabinett zum mindesten toleriert.

Ueber das Reichsfinanzministerium ist eine Entscheidung ebenfalls noch nicht gefallen. Der Generaldirektor der Münze, Schmidt, scheint nicht zugezogen zu haben. Im Vordergrund steht als Kandidat Wehmer, ein Mitglied von den J. W. Farben, ferner Graf Schwerin-Krosigk sowie der frühere Reichsfinanzminister von Schlieffen. Unter Umständen denkt der neue Kanzler aber auch an die Befreiung des Vorkämpfers der Bauernischen Volkspartei, jetzigen bayerischen Finanzministers Schaeffler. In diesem Falle würde Schäfer wahrscheinlich durch eine andere Persönlichkeit ersetzt werden. Im Reichsverkehrsministerium hofft Treutmann, sich den Ministerposten zu erhalten. Wahrscheinlich werden die Deutschnationalen in Erinnerung an die Rolle, die Treutmann in der Partei gespielt hat, aber nicht geneigt sein, das zuzulassen. Demnach im Vordergrund der Diskussion steht zur Zeit noch das Reichsbankpräsidium.

Kuiper kann unter Umständen durch Schäfer abgelöst werden.

Dies ist indessen eine Frage, die erst später erörtert werden wird.

Da Neurath erst morgen, von London kommend, in Berlin eintrifft, rechnet man damit, daß erst am Donnerstagmorgen die neue Reichsregierung vollständig ist und Herr von Papen die Kabinettsliste dem Reichspräsidenten zur Ernennung überreicht.

Inzwischen sind in der Wilhelmstraße einige Personaländerungen bereits vorgenommen worden, teils haben sie bereits stattgefunden.

Der Staatssekretär Brüning, Dr. Pänder, wird zur Disposition gestellt.

und wird damit eine nebenberufliche Tätigkeit als Leiter der Reichskasse vorläufig abgelehnt. Der Pressesekretär der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Jehlich, dürfte morgen ebenfalls ausscheiden und dann, wie schon vor einiger Zeit in Aussicht genommen, als deutscher Gesandter nach Rio de Janeiro gehen. Als Nachfolger für ihn werden u. a. der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Wilhelm Hermann, und der Pressesekretär des Reichswehrministeriums, Major Marsch, genannt. Etwas Bestimmtes verleiht darüber aber noch nicht.

Ob der bisherige Leiter des Reichsarchivs I. der Pressestelle der Reichsregierung, Dr. Rabenberger, ausscheidet, um als Generalkonsul nach Rattowib zu gehen, ist zur Zeit noch ebenfalls unklar, wie die Frage, ob der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Bülow, auf seinem Posten verbleiben wird. Die letzte Frage dürfte sich klären, wenn der als Außenminister in Aussicht genommene Botschafter v. Neurath am Donnerstag in Berlin eintrifft. Auch sind Bestrebungen im Gange, das Kabinett v. Papen noch nicht etwa nur als Übergangskabinett amtierend zu lassen.

Es heißt, daß Kabinett Papen werde unter Umständen für den Fall parlamentarischer Schwierigkeiten den Weg der Diktatur gehen, den Brüning nicht zu beschreiten wagte.

Wenn es zutreffen sollte, daß sich darüber das Exekutivkommando Hindenburg-Ditler-Schleicher einig ist, dann wäre eine solche Entwicklung allerdings denkbar. Angeht es dieser Frage ist man in Berlin in Kreisen am Mittwochmorgen sehr vorsichtig geworden. Aber Vorsicht hat noch nicht den Ausschlag gegeben, die neue Regierung zu tolerieren.

Inzwischen haben die Sozialdemokraten im Anknüpfen an ihre heutige Fraktionssitzung im Reichstag eine Oppositionserklärung abgegeben. Es heißt darin, daß der Sturz der Regierung Brüning, durch „außerhalb des Parlamentes stehende und unverantwortliche Mitglieder des Reichspräsidenten“ herbeigeführt, eine außerordentlich schwere innen- und außenpolitische Krise eröffnet habe. Die Art der Bildung und Zusammenlegung der Reichsregierung

sei „gegen das Volksinteresse“ und gebe keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Sozialpolitik, insbesondere der Rechte der Arbeitlosen. Desgleichen sei die Führung einer Außenpolitik gefährdet, die zu einer Wiederherstellung des Vertrauens führe.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sei deshalb entschlossen, gegen alle sozialreaktionären Anträge, gegen alle inflationistischen Experimente und gegen alle Angriffe gegen die Verfassung und Demokratie den Kampf zu führen. Sie stehe der sich bildenden Regierung mit schärfstem Mißtrauen gegenüber und werde daraus alle parlamentarischen Konsequenzen ziehen.

Wie die Telegraphenunion weiter erzählt, ist für den Posten des Reichsverkehrsministers der Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Freiherr Elz von Rübenaach, in Aussicht genommen, der den Nationalsozialisten nahesteht.

Amerikas Steuerprogramm angenommen

Washington, 1. Juni. Im Senat wurde das neue Steuerprogramm mit 72 gegen 11 Stimmen angenommen, das einen Betrag von 1000 Millionen Dollar bringen soll. Die Unterzeichnung des Präsidenten wird vermutlich Ende dieser oder Anfang nächster Woche gegeben werden. Außerdem hat der Senat eine Entschließung gefaßt, die gemäß einer von einer Unterkommision ausgearbeiteten Vorlage eine Herabsetzung aller Beamtengehälter um 10 Prozent vorseht, und zwar ohne Ausnahme. Damit ist der Hauptschritt zur Ausführung des Sparprogramms geschehen, dem ein Abbau der Regierungsausgaben um 298 Millionen Dollar folgen soll, das heißt um denselben Betrag, den die verschiedenen Kriegsschuldenszinsen ausmachen würden.

Im übrigen ist von dem Senat in das Steuerprogramm auch eine Bestimmung eingefügt worden, die eine 100prozentige Besteuerung aller Einkünfte aus Geschäften und Erbschaften bringt. Die in das Programm eingeschlossene Umsatzsteuer, deren Annahme durch den Senat bereits gemeldet wurde, ist eine Steuer von 5 Cent auf 100-Dollar-Umsätze im Terminverkehr an den Warenbörsen.

Die Aufnahme des neuen Kabinetts

Ablehnung links - Die Rechte wartet ab

Berlin, 1. Juni. Nur Beauftragung Herrn v. Papens mit der Regierungsbildung nehmen verschiedene Berliner Blätter ausführlich Stellung. Die „Börsenzeitung“ betont unter Hinweis auf die Persönlichkeiten, die für die Besetzung der einzelnen Ministerien genannt werden, daß es wohl keinen nationalen Deutschen geben werde, der nicht einer solchen Regierung die besten Wünsche mit auf den Weg gebe. In dem jetzt werdenden Kabinett Papen sei die Vorherrschaft der Regierung zu sehen, die, seit gestützt durch die ganze nationale Bewegung, durch alle nationalen Parteien und Schichten des deutschen Volkes, berufen sein müsse, unser Vaterland endlich und wirklich besseren Zeiten entgegenzuführen. Der „Tag“ hebt hervor, daß der Reichspräsident in dem neuen Kabinett eine „Regierung der nationalen Konzentration“ sehe.

womit er aber offenbar nicht eine Zusammenfassung der nationalen Parteien mit einer von diesen Parteien gebildeten Regierung meine, sondern eine Zusammenfassung der Kräfte, die im Rahmen der persönlichen Beziehungen des Reichspräsidenten zur Verwaltung ständen.

Jedenfalls hatten die Parteien der bisherigen Opposition, also in erster Linie die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, offiziell mit der Bildung dieses Kabinetts nichts zu tun. Der Reichspräsident habe die Entscheidung über den Auftrag an Herrn v. Papen aus eigenem Ermessen getroffen. Die „Börsenzeitung“ bezeichnet die Auswahl des Kanzlerkandidaten als ebenso unglücklich, wie die Formulierung des Auftrages, eine Regierung der nationalen Konzentration zu bilden. Unter nationaler Konzentration versteht man die Zusammenfassung aller Volksschichten. Aber bei solch offenkundiger Tendenz, die die eine Volkshälfte von vornherein aus der Kombination ausschließt, hätte nicht von nationaler Konzentration gesprochen werden dürfen. Es sei zu hoffen, daß es nicht aus dem Büro des Reichspräsidenten üblich werde, nur rechtsgerichtete Parteien als national zu bezeichnen. Die „Germania“ schreibt, wenn Herr v. Papen sich dem Reichspräsidenten in dieser kritischen Situation für eine äußerst verantwortungsvolle Aufgabe zur Verfügung gestellt habe, so sei er sicher einer politischen Gewissenspflicht gefolgt, der er sich nicht zu entziehen vermochte. Es sei eine Zwischenlösung gesucht worden, die von den Nationalsozialisten gebilligt würde und von der aus zu gegebener Zeit durch Neuwahlen eine endgültige Klärung angebahnt werden solle.

Diese Klärung sei notwendig, denn die jetzt in Angriff genommene Regierungsbildung gebe der gegenwärtigen Krise nicht die Lösung, die allgemein erwartet werde.

Die „D. N. S.“ ist der Auffassung, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die neue Reichsregierung, wenn sie aufstünde, auf baldige Neuwahlen für den Reichstag angewiesen sein und in diesen Wahlen um ihre Existenz zu kämpfen haben werde. Das Kabinett v. Papen würde nicht die sofortige Einberufung der Nationalsozialisten in die Mitverantwortung bedeuten, sondern diese noch von einem Wahlsieg abhängig machen. Der „Vorwärts“ sagt, dies Kabinett mit diesen Männern und diesen Tendenzen könne sich nationales Konzentrationskabinett. Was hier konzentriert werde, sei nicht die Nation, es seien vielmehr konservativ reaktionäre Kräfte. Es seien keine, aber mächtige Gruppeninteressen, die überlegend eine Gefahr für die Interessen des Volkes und seiner Wirtschaft bedeuten würden. Hier werde konzentriert der Wille zum Abbau der Sozialpolitik und mehr als das. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt, daß eine Regierung v. Papen nur als ein Übergangskabinett anzusehen sei, der im wesentlichen die Aufgabe zufallen würde, Neuwahlen durchzuführen, um die Zusammenfassung des Reichstages den tatsächlichen politischen Gegebenheiten anzupassen. Das „Berliner Tageblatt“ meint, daß auf dem Wege, der jetzt beschritten werde, dem Wohl des Landes und Volkes auf die Dauer nicht gedient werden könne. Deshalb müsse man

bleibenden, die jetzt die Zeit für einen Kurswechsel für geeignet hielten, bei ihrem Vorhaben unter sich lassen. Sie müßten sich mit denen, die ihnen das Experiment erlaubt hätten, in die Verantwortung teilen.

Die „Börsenzeitung“ schreibt: Es ist selbstverständlich, daß Herr v. Papen nicht im Einvernehmen mit oder gar im Auftrage der Leitung der Zentrumspartei handelt. Nach der Behandlung, die Brüning erfahren hat und nach den Aufgaben, die der neuen Regierung zugewiesen werden sollen, hätte für jeden Zentrumsmann die Antwort auf die Frage, ob er die Neubildung der Regierung übernehmen wolle, in einem einfachen und unambivalenten „Nein“ bestehen müssen. In der Zentrumswählerchaft wird man kein Verständnis dafür aufbringen, daß sich ein Parteilangebringer bereit findet, das Erbe Brünings anzutreten. Was jetzt unternommen wird ist nichts Halbes und nichts Ganzes. Es ist eine Verlegenheitslösung ersten Ranges, die weitere Verlegenheiten unausgänglich mit sich bringen muß. Das Zentrum lehnt die verantwortliche Zeichnung für dieses Unternehmen ab.

Im ganzen bleibe nur zu sagen, daß von allen Ueberlegungen die Beauftragung v. Papens die größte und leider auch die peinlichste ist.

Der „Börsenzeitung“ schreibt: Es ist selbstverständlich, daß dieses Kabinett nur als Uebergangslösung zu betrachten ist. Die Hauptaufgabe der neuen Regierung wird sein, den Reichstag auszuschießen, um durch Neuwahlen klarere Machtverhältnisse zu schaffen. Die Berechtigung dieser nationalsozialistischen Forderungen wird zweifellos auch von den jetzt an der Regierungsbildung beteiligten Kreisen eingesehen, ebenso die Notwendigkeit der schnellen Aufhebung des Wahlverbotes.

Für ein Bündnis Hindenburg-Ditler

Berlin, 1. Juni. Im „Börsenzeitung“ beschäftigt sich Alfred Rosenberg in einem Artikel unter der Überschrift „Die Wege gegen Hindenburg beginnt“ mit der Kritik des Kabinetts Brüning und schreibt u. a.: Während aller vergangenen Wahlkämpfe haben wir immer wieder festgestellt, daß der schwarz-rote Block Hindenburg ja nur als Kandidaten proklamiert hatte in der letzten Ueberlegung, daß der Feldmarschall als Reichspräsident auch weiterhin alle Verordnungen der Zentrumsherren unterzeichnen würde, wie er es leider seit dem Youngplan unter Verhinderung der sogenannten parlamentarischen Mehrheit bisher noch glauben tun zu müssen. Nun hat in allen diesen Jahren Hindenburg einmal dem Kanzler nicht zugestimmt, der während des Wahlkampfes amtlich hatte demontieren lassen, daß neue Verordnungen kommen würden, doch nun den Reichspräsidenten zu immer weiteren Gehaltskürzungen und schwersten finanziellen Belastungen veranlassen wollte. Und sofort sehen wir, daß schon am ersten Tage nach dem notwendig gewordenen Rücktritt Brüning die Systempresse in eindeutiger Weise gegen Hindenburg Stellung nimmt. Das ganze ist ein außerordentlich bezeichnendes Bild des Charakters jener Systemparteien, der Hindenburg heute, hoffentlich vollkommen, offenbar wird. Wir fühlen eine gewisse Hoffnung daran: Daß der Reichspräsident nunmehr entschlossen mit der erwachten deutschen Nation geht und mit Adolf Ditler jenes Bündnis schließt, das notwendig ist zur Rettung des deutschen Volkes.

Verstärkte Polizei beim Wachaufzug

Berlin, 1. Juni. Die Polizei hat umfassende Vorkehrungen getroffen, um Zwischenfälle, wie sie sich gestern beim Aufziehen der Marinewache ereigneten, nach Möglichkeit zu verhindern. Die Amarschützen der Wache werden besonders gesichert, und außerdem wird das Regimentskommando der Wachtruppe verstärkt. Auf Wache steht heute wieder die Reichsmarine auf, die die Marinewache abwehrbar ist.